



Foto: Stadtblatt

„Unsere verfluchte Verpflichtung“ Harff-Peter Schönherr

Angeblich sind alle dafür. Aber die Errichtung einer zweiten Gesamtschule für Osnabrück entpuppt sich als zähes Ringen um die richtige Schulform. Die gerade zu Ende gehende Elternbefragung gilt als letzte Chance, die Weichen entsprechend zu stellen.

Ist 160 eine große Zahl? In diesem Fall ja. Eine recht große sogar. 160 Aufnahmeanträge für die 5. Klasse lehnt die Gesamtschule Schinkel (GSS) in diesem Jahr ab – schweren Herzens. Die GSS ist die einzige Gesamtschule der Stadt. Offenbar eine zu wenig.

Mitte Juni schreibt der Stadtelternrat Osnabrück der Niedersächsischen Landesregierung einen Offenen Brief. Darin stehen verärgerte Sätze voller Zahlen und Argumente. Und ein Vorwurf: „Verzögerung des Verfahrens“.

Zweite Gesamtschule. Petra Knabenschuh, Vorsitzende des Gremiums, weiß, dass nicht mehr viel Zeit bleibt, dieses Ziel zu erreichen. Schlägt die nunmehr dritte Elternbefragung fehl, die Ende September endet, wird die Stadt die zweite Gesamtschule nicht bekommen, die sie durchaus gebrauchen könnte.

160 abgewiesene Schülerinnen und Schüler. „Sowohl die Eltern als auch die Schüler werden damit zu einer unwürdigen Tour von einer Schule zu nächsten gezwungen, um für die Aufnahme an einer Schulform zu betteln, die sie gar nicht wollen“, so Knabenschuhs Offener Brief. So ist es seit Jahren. Fazit des Stadtelternrats: der „Wunsch einer ausreichend großen Zahl von Eltern nach einer zweiten Gesamtschule“ sei deutlich.

Fast alle Beteiligten sagen, sie sähen das genauso. Allen voran die Parteien im Stadtrat. Aber

die Zahl der formalen Fehler, organisatorischen Versäumnisse, politischen wie behördlichen Unentschlossenheiten und manchmal auch Winkelzüge, die sich in Sachen Errichtung einer zweiten Gesamtschule mittlerweile häuft, ist immens. Wollte man für dieses Hickhack Noten verteilen, es müsste so manches Ungenügend hageln.

Anfang 2008. Die Käthe-Kollwitz-Schule (KKS) am Schölerberg, eine Haupt- plus Realschule, der es an Schülern fehlt, wirft den Hut in den Ring. Das Ziel: Umwandlung in eine Gesamtschule. Die Stadt rät, zu warten. Noch hält die Landesregierung unter Ministerpräsident Wulff daran fest, Gesamtschul-Neugründungen zu untersagen.

Aber die KKS wartet nicht. Sie baut darauf, dass die Lockerung des Schulgesetzes unmittelbar bevorsteht. In Eigenregie stellt sie bei der Landesschulbehörde einen Genehmigungsantrag. Ohne Stellungnahme der Stadt. Das Ergebnis: Ablehnung. Zum 1.8.2008 lockert die CDU/FDP-Koalition in Hannover das Gesetz.

Aber auch nach diesem Tag haben es Genehmigungsanträge für Gesamtschulen im Hannoveraner Ministerium schwer. Eine der Auflagen: Jede neue Gesamtschule muss pro Jahr mindestens fünf Parallelklassen à 26 Schüler aufnehmen, 130 Fünftklässler also. Zur Bedarfsfeststellung ist eine Befragung der Eltern aller Grundschüler des Einzugsgebiets Pflicht.

Zweiter Anlauf. Ende 2008 gehen 5.233 Fragebögen an die Eltern aller Osnabrücker Grundschüler

raus. Denn inzwischen gibt es einen Ratsbeschluss, der die Umwandlung der KKS zur Integrierten Gesamtschule (IGS) vorsieht. Das Votum ist überwältigend. Auf die Frage, ob sie ihr Kind dort anmelden würden, sollte aus der KKS eine Gesamtschule werden, gibt es 1.117 Ja-Stimmen. 234 bei den Eltern der Erst-, 274 bei denen der Zweit-, 297 bei denen der Dritt- und 312 bei denen der Viertklässler. Genug für eine neue Gesamtschule.

Doch ein Antrag wird nicht abgeschickt. Denn der Stadt fällt auf, dass eine Gesamtschule am baulich maroden, viel zu kleinen KKS-Standort nur schwer umzusetzen ist. Kosten aller Sanierungen, Um- und Neubauten: 20 Millionen Euro. Derzeit nicht finanzierbar.

Da kommt es recht, dass die Evangelische Landeskirche seit Mitte 2007 mit der Stadt um die Übernahme des nur halb ausgelasteten Schulzentrums Eversburg verhandelt. An die Einrichtung einer Gesamtschule an diesem Standort denkt die Kirche dabei zunächst nicht. Aber sie stellt sich auch nicht quer, als die Sprache darauf kommt.

Anfang 2009 kippt die Stadt dann ihren Pro-KKS-Ratsbeschluss vom Juli 2008. Das Aus nicht nur für die Gesamtschulräume der KKS, sondern für die KKS überhaupt – der Standort Schölerberg wird aufgegeben. Aufgegeben wird aber auch die Vertragsverhandlung mit der Kirche. Denn so richtig klar wird nie, ob die Kirche überhaupt eine Integrierte Gesamtschule will, wie von der Stadt vorgegeben, oder doch eher eine Kooperative

Die Veröffentlichung dieses Artikels erfolgt mit freundlicher Genehmigung von bvw werbeagentur & verlag GmbH
Stadtblatt

Gesamtschule (KGS). Was sie nicht will, ist dafür umso klarer: die Sanierung des ebenfalls maroden Standorts Eversburg bezahlen. Damit verabschiedet sie sich aus dem Rennen. Eine IGS in öffentlicher Trägerschaft in Eversburg wird mit 6 bis 7 Millionen Euro Errichtungskosten veranschlagt. Doch ein neuer Standort erfordert auch eine neue Bedarfskalkulation. Das Resultat der zweiten Befragung: 118 Ja-Stimmen bei den Eltern der Erst-, 111 bei denen der Zweit-, 117 bei denen der Dritt- und 89 bei denen der Viertklässler. Bedeutungslos, dass es 20 Prozent Ja-Stimmen gibt wie bei der ersten Befragung – Hannover kommt es auf absolute Zahlen an, und die reichen nicht, denn diesmal nehmen nur 37,3 Prozent der Eltern teil, nicht 54,4. Hannover lehnt ab, Monate später. Daher der Verzögerungsvorwurf des Stadtelternrats.

Dass diese zweite Befragung so viel schlechter ausfällt, hat Gründe. Knabenschuh: „Viel zu wenig Infoveranstaltungen. Und ein hoch personalisierter, wenig transparenter Fragebogen, der offen bei den Klassenlehrern abgegeben werden musste. Viele

Eltern haben sich sicher auch gesagt: Ihr habt doch schon mal gefragt!“ Hans-Georg Freund, Leiter des städtischen Fachbereichs Schule/Sport, frustriert: „Da ist es dann schief gegangen. Hinzu kam, dass viele Eltern sich wohl gedacht haben: Eversburg? Das ist ja eine halbe Weltreise!“

Die Landesschulbehörde hätte die Genehmigung trotzdem erteilen können: durch Verrechnung der 1. mit der 2. Befragung, mit den alljährlichen Ablehnungszahlen der Gesamtschule Schinkel. Michael Hagedorn, Bündnis 90/Die Grünen: „Die Entscheidung des Landes war eindeutig politisch motiviert und von der lokalen wie der Landes-CDU gesteuert.“

Henrik Peitsch, Kreisverband Osnabrück-Stadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Es gibt viele innerhalb der CDU die wollen das einfach nicht.“ Christel Wachtel, SPD, bezeichnet die Position der Regierung Wulff als „schulpolitische Geisterfahrt“, die „auf der Gegenspur des erklärten Elternwillens“ fahre.

Osnabrück darf nunmehr mit einer dritten Befragungswelle nachbessern. Die soll dann allerdings auch die letzte sein. Peitsch, bissig: „Der Wulff trinkt doch schon einen drauf, dass das wieder in die Hose geht.“ Damit das nicht passiert, gibt es diesmal jede Menge Infos, neue Fragebögen, einige Elternabende und zahlreiche Appelle. Geht alles gut, soll die neue Integrierte Gesamtschule im August 2010 an den Start gehen. Reicht es nicht, ist das Thema erledigt.

Aber reicht es eigentlich, nur das Schulangebot zu erweitern? Henrik Peitsch: „Was wir brauchen, ist eine neue Lust am Lernen. Wer die nicht weckt, hilft keinem Kind, mit welcher Schulform auch immer. Das ist unsere verfluchte Verpflichtung!“ Sira S., die für ihre Tochter in zwei Jahren auf einen Gesamtschulplatz hofft: „Da scheinen Kräfte am Werk zu sein, die hintertreiben alles.“ Warum Sira S. will, dass wir ihren Namen ändern? „Weil ich's sonst doppelt schwer habe, wenn's nicht klappt mit dem Platz. Dann denken die anderen Schulen doch: Ist das nicht die, die eigentlich woandershin wollte?“



Schweinegrippe?!

Der Verein für Ökologie und Umweltbildung Osnabrück und der Arbeitskreis Umweltbildung der Lokalen Agenda 21 hatten Ende August 14 Jugendliche mit ihren Betreuern aus der Baikal-Region zu Gast. Wegen einer möglichen Ansteckungsgefahr mit der Schweinegrippe erhielt die Gruppe bei der Ausreise die Auflage, sich nur mit einem Mundschutz in der Öffentlichkeit aufzuhalten! - Es hat geholfen. Keiner unserer Gäste hat sich in Osnabrück infiziert. Trotzdem mussten alle nach Rückkehr in Quarantäne - für 10 Tag durfte die Schule (!) nicht besucht werden. Für die deutschen Schüler galt diese Regelung (leider) nicht.